

# Sozialkahlschlag stoppen, Kürzungspaket verhindern!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung betreibt mit ihren Kürzungen eine Spaltung der Gesellschaft. Sie macht Reiche reicher und kürzt bei denen, die immer weniger haben. Mit der verkappten Kopfpauschale verschärft sie die einseitigen Belastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Gesundheitssystem. Sie hält an der Rente ab 67 und damit an den versteckten Rentenkürzungen. Mit dem Kürzungspaket streichen Union und FDP den Heizkostenzuschuss zum Wohngeld, das Elterngeld für Hartz-IV-Beziehende, den sogenannten Gewöhnungszuschlag beim Übergang von ALG I zu ALG II und den Zuschuss zur Rentenversicherung. Das neue Kürzungspaket der Bundesregierung geht vor allem zu Lasten von Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfängern sowie jungen Familien. So verliert beispielsweise eine arbeitslose alleinerziehende Mutter 300 Euro im Monat. Die Verursacher und Profiteure der Krise werden nicht zur Kasse gebeten. Die Haushaltslöcher durch die Milliardengeschenke an Banken und Hoteliers sollen nun von denen gestopft werden, die – mit Lohninbußen oder Jobverlust – am stärksten unter der Krise zu leiden hatten. Gespart werden soll bei denen, die schon zu wenig haben. Die Spaltung der Gesellschaft wird weiter vorangetrieben. Durch die falsche Steuerpolitik der Bundesregierung wird die Einnahmesituation auch in den Ländern und Kommunen immer schwieriger, dadurch wird der Druck, auch dort mit sozialen Kürzungen zu reagieren, immer höher.

DIE LINKE steht für eine moderne Sozial- und eine gerechte Steuerpolitik und setzt sich für eine solidarische und gerechte Gesellschaft ein. Das Kürzungspaket der Bundesregierung und die Ausgabenkürzungen in Städten und Gemeinden müssen gestoppt werden. Die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden muss verbessert werden. Wir fordern direkte Steuern für Reiche: Anhebung des Spitzensteuersatzes und Millionärssteuer. Wir brauchen eine wirkliche Bankenabgabe und eine internationale Finanztransaktionssteuer. Das Casino muss geschlossen werden. DIE LINKE streitet für eine solidarische Bürgerversicherung und die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems. Wir fordern die sofortige Rücknahme der Rente ab 67! Hartz IV muss weg!

Wir brauchen stattdessen eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung. Das Elterngeld darf nicht angerechnet werden. Gleichzeitig muss ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Schluss mit Armutslöhnen, Lohndumping und Zwangssystemen!

Wir rufen zu breiten Protesten gegen die sozialen Kürzungen der Bundesregierung auf. Wir haben Alternativen zu der unsocialen Politik und werden für diese Alternativen kämpfen. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften, den Sozialverbänden und anderen sozialen Kräften wollen wir den Sozialkahlschlag stoppen!

DIE LINKE ruft zu den Protesten von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen auf und bringt sich aktiv ein. Neben den zahlreichen Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen gegen die sozialen Missstände und das Kürzungspaket in den Ländern und Kommunen werden wir ganz besonders zu folgenden Terminen mobilisieren:

**29. September:** Europäischer Aktionstag gegen die Sparhaushalte, sowie Demonstrationen in Berlin und Dresden.

**18. Oktober:** Aktionen in Frankfurt a. M. im Umfeld der Kundgebung der Aktionsgruppe Georg Büchner.

**24. Oktober bis zum 13. November:** Aktionswochen der Gewerkschaften mit Schwerpunkt auf Betrieblichem Protest.

**6./13. November:** Großdemonstrationen von Gewerkschaften und Bündnissen in mehreren Städten.

**26. November:** Aktionstag zur Haushaltsverabschiedung in Berlin Protest von der Straße ins und vor das Parlament.

**Wir stehen für eine soziale Alternative im Parlament und auf der Straße.**

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

# DIE LINKE.